



Nr. 1 / 20. Januar 2023

Petze und Landesbeauftragte wollen wirksamen Gewaltschutz in Einrichtungen

Gemeinsam mit der Petze – Institut für Gewaltprävention legt die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen Michaela Pries heute eine Information zum wirksamen Gewaltschutz in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen vor. Da Menschen mit Behinderungen überdurchschnittlich von Gewalt betroffen sind, soll ihr Menschenrecht auf Unversehrtheit stärker in den Blick genommen werden.

Studien belegen, dass insbesondere Frauen mit Behinderungen gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt sind. Dies geschieht auch im vermeintlich geschützten Rahmen von Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.

Der Gesetzgeber hat auf der Grundlage der Behindertenrechtskonvention die Träger von Einrichtungen explizit verpflichtet, ihren Schutzauftrag zu erfüllen und Gewaltschutzkonzepte für ihre Dienste einzurichten.

Der gesetzliche Auftrag muss nun in den Einrichtungen umgesetzt werden. Petze und die Landesbeauftragte haben dazu eine Information erarbeitet, damit die Einrichtungen wirksame Konzepte einrichten können (Links zu den Broschüren <https://t1p.de/axtv1>; <https://t1p.de/3erng>).

Die Geschäftsführerin der Petze, Heike Holz: „Ein nachhaltiges Schutzkonzept sollte immer von Menschen aus allen Bereichen der Einrichtung gemeinsam erarbeitet und umgesetzt werden. Eine Hochglanz-Broschüre, die im Regal verstaubt, ist keine aktiv gelebte Prävention und hilft niemanden. Diese Checkliste wird die Einrichtungen im gelebten Gewaltschutz unterstützen.“

Die Landesbeauftragte betont: „Neben der Qualität des Gewaltschutzes kommt es mir bei der wirksamen Umsetzung vor allem auf die Einbeziehung der Menschen mit Behinderungen an. Sie kennen in ihren Einrichtungen die Situationen, die ihnen angst machen oder in denen sie sogar hilflos sind“. Die Schutzkonzepte müssen daher aus der Perspektive der betreuten Personen erarbeitet werden, mit ihnen in einem gemeinsamen Prozess so entwickelt werden, dass sie für sich Wege finden ohne beängstigende Situationen oder Übergriffe ausstehen zu müssen. Die Informationen sind auch in leichter Sprache verfasst, damit möglichst viele Menschen in den Einrichtungen mit ihnen umgehen können.